

Außenpolitik fasst Andreas Wirsching abschließend zusammen, indem er die „deutsche Frage“ als rote[n] Faden in [seiner] Politik“ (S.245) bzw. als seine „gesamte außenpolitische Strategie“ (S. 11) herausarbeitet.

Im abschließenden Interview zwischen Hans-Dietrich Genscher und Gerd Appenzeller spricht Genscher über Rückschläge und Erfahrungen während des Kalten Krieges und der Verhandlungen zur Wiedervereinigung. Außerdem äußert er sich zu den aktuellen Problemen mit Russland und den Forderungen nach mehr internationalem Engagement Deutschlands in der Welt und der Rolle der EU.

Der Sammelband sticht durch seine Archivarbeit und bestens ausgewiesene Autoren heraus. Seine einerseits theoretischen und andererseits chronologisch aufgebauten praktischen Fachbeiträge, in Abwechslung mit Zeitzeugenberichten, zeigen Genschers Außenpolitik sehr konturiert. Für die anvisierte Zielgruppe, Wissenschaftler, Studenten und allgemein Interessierte, zeigt der Band ein gutes Abbild der liberalen Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers.

Die Reihe „Akteure der Außenpolitik“ ist in Anbetracht der ersten beiden Bände ein interessantes und neues Format, das auf ein eng geschnürtes formales Korsett zu verzichten scheint, um den einzelnen Akteuren individuell gerecht zu werden. Besonders zu bemerken sind die intensive Archivrecherche und Analyse des zeithistorischen Materials, die durch die jeweilig nahestehenden Stiftungen ermöglicht werden konnten. Als Desiderat erweisen sich die Analysebereiche der beiden Bände, die ein unterschiedlich weitreichendes Bild der beiden Akteure zeichnen. Als wichtiger Beitrag zum wissenschaftlichen

Diskurs stellt die Reihe jedoch eine gute Ergänzung jedes politikwissenschaftlichen Bücherschranks dar.

ANDREA-SOPHIA BÄR



Mayer, Tilman (Hrsg.):  
Bismarck: Der Monolith –  
Reflexionen am Beginn des  
20. Jahrhunderts. Hamburg:  
Osburg 2015, 366 Seiten,  
€ 24,00.

Das Buch, das zum 200. Jahrestag der Geburt Otto von Bismarcks herauskommt, ist eine Sammlung von Essays namhafter Sachkenner, nur als Beispiele seien genannt: Ulrich Lappenküper, Hans Fenske, Michael Stürmer und Hans-Peter Schwarz. Geziert wird der Band durch ein Geleitwort von Peter Altmaier, dem Chef des Bundeskanzleramtes.

Der Untertitel „am Beginn des 21. Jahrhunderts“ bedeutet nicht, wie man zunächst annehmen könnte, einen Blick auf das, was uns Bismarck noch heute zu sagen hätte, sondern meint eine Zusammenfassung des bisherigen Forschungsstandes auf aktueller Ebene. Allerdings mit einer großen Ausnahme: der mitaufgenommene Essay von Henry A. Kissinger „Der weiße Revolutionär: Reflexionen über Bismarck“ stammt aus

dem Jahre 1968. Was nicht heißen soll, dass er nicht immer noch äußerst lesenswert ist. Hätte etwa ein in der Bismarck-Forschung ergrauter deutscher Professor die Unbekümmertheit aufgebracht, die politische Erfolgstaktik des Staatsmannes ausgerechnet an seiner Brautwerbung zu exemplifizieren, die bekanntlich noch vor dem Beginn seiner politischen Karriere stattfand? Dann Kissingers Titel „Der weiße Revolutionär“ – das ist natürlich ein Oxymoron, ohne das die Diskussion mittlerweile nicht mehr auskommt. Bismarck war ein „Weißer“, will sagen: ein Monarchist und (weitestgehender) Legitimist, abgesehen von der Annexion des Königreichs Hannover und anderer etablierter deutscher Fürstenstaaten nach dem preußischen Sieg im Kriege 1866; ein Konservativer, auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht, woran seine Sozialgesetzgebung während der Kaiserzeit, als er Reichskanzler war, nichts änderte. Und auch, dass er die Reichseinheit „von oben nach unten“ durchsetzte, sie als eine Initiative der Fürsten und nicht des Volkes organisierte, passt in diesen Rahmen. Das Ziel der nationalen Einheit selbst war jedoch ein revolutionäres, da nur durch eine Veränderung der mitteleuropäischen Staatenordnung und, vor allem, da nur durch Krieg erreichbar. Wie kann man aber einen, der dieses Oxymoron gelebt hat, als einen „Monolithen“ bezeichnen? Das klingt fast so, als würde der Herausgeber an den trutzigen Heldenreiter Bismarck der vielen Monumente denken, die ihm in vaterländischem Überschwang während der Kaiserzeit gesetzt worden sind, und die uns seitdem in ihrer „wilhelminischen“ Patina doch eher fremd geworden sind. Das tut der Herausgeber aber natürlich nicht.

Wenig passt es auch zu der Vokabel „Monolith“, dass Bismarcks Reichsgründung letztlich zu dem Ergebnis geführt hat, das er gerade vermeiden wollte, aber nicht konnte: Zum Aufgehen des alten kargen Preußengeistes in der modernen Dynamik des sich entwickelnden Industriegiganten Deutschland. Es blieb vom alten Preußen nur das Militärstaatliche übrig, das Bismarck selbstverständlich mitgetragen hatte, über dem er aber gleichzeitig stand – ein souveräner Geist, aber insofern eben kein „Monolith“. Diese Bezeichnung wird der Inkommensurabilität seines Genius nicht gerecht. Auch kann man ihn nicht mit Ulrich Schlie (S.151) als „Inbegriff des preußischen Junkers“ kurzschließen. Diese Seite hatte er auch an sich, man denke nur an seine Liebe zum Landleben und seine Leidenschaft für die vorteilhafte Bewirtschaftung seiner Güter. Aber er hatte keinesfalls die agrarische, provinziell verhockte, patriarchalische Borniertheit, über die er sich bei seinen Standesgenossen oft genug lustig machte, denn sonst hätte er unmöglich erfolgreiche große Politik machen können. Seinen redlichen Dienstherrn, den alten Kaiser Wilhelm I., dessen größte Leistung wohl darin bestand, dass er ihn aus selbstkritischer Einsicht über die eigenen Grenzen gewähren ließ, hat Bismarck einmal abschätzig als „Infanterieoberst“ bezeichnet, in bewusstem Gegensatz zu dem von ihm verehrten König Albert von Sachsen, der einmal sogar Dantes „Göttliche Komödie“ auf von der Fachwelt anerkannte Weise übersetzt hatte. So ein gegenüber dem obersten Bannerträger locker urteilender Mann ist weitaus mehr gewesen als der „Inbegriff des preußischen Junkers.“

Da es sehr schwierig, wenn nicht mittlerweile gar unmöglich ist, über Bismarck einen neuen interpretatorischen Ansatz zu liefern, werden historische Vergleiche versucht mit Reichskanzler Bülow, seinem dritten Nachfolger im Amte, sowie mit den bundesrepublikanischen Kanzlern Adenauer und Kohl. Auffällig, dass Helmut Schmidt nur ganz am Rande erwähnt wird! Der Vergleich der „Denkwürdigkeiten“ Bülows mit Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ fällt sehr zu Ungunsten Bülows aus, wohl zu Recht, was die politische Substanz betrifft. Der eine ist ein höfischer „Figaro“, während dessen Kanzlerschaft sich die außenpolitische Situation des Kaiserreichs entscheidend, wie der Erste Weltkrieg dann bewies, verschlechtert hatte. Der andere versucht, bei allen dazwischengestreuten persönlichen Gehässigkeiten, die zu vermeiden er nicht den Charakter hatte, politische Prinzipien aufzustellen.

Hans-Peter Schwarz meint, als es 1989/90 um die deutsche Wiedervereinigung ging, habe Kohl sogar schneller reagiert als Bismarck. Daran wird deutlich, dass derlei Vergleiche allenfalls einen begrenzten Aussagewert haben. Denn Bismarck schaffte die deutsche Einheit, indem er die europäischen Mächte auf Distanz zu halten verstand, während Kohl von der Entscheidungsmacht der Deutschland überlegenen USA und dem zu schonenden Selbstwertgefühl der schwächelnden Sowjetunion Gorbatschows ausgehen musste. Kohl und Bismarck wussten beide, ein wie hoher Wert in brisanter außenpolitischer Lage dem Vertrauenskapital unter den Akteuren zukommt? Das ist eine Binsenweisheit, auch wenn sie nicht allen Politikern stets bewusst sein mag. An der Leistung Kohls ist nicht zu zwei-

feldn, aber die Rahmenbedingungen zur Zeit Bismarcks waren gründlich andere.

Erfreulich ist, dass Bismarck nicht haftbar gemacht wird für spätere Fehlentwicklungen der deutschen Außenpolitik. Das Argument, das neu gegründete Deutsche Reich sei ein latenter Hegemon auf dem Kontinent gewesen, kann ja wohl nicht bedeuten, dann hätte Bismarck seinen Kurs auf die deutsche Einheit besser vermeiden sollen, und wird daher auch kurz abgetan. Eine Ausnahme: Er hätte sich 1870/71 nicht von den Militärs dazu drängen lassen sollen, Elsass-Lothringen von Frankreich abzutrennen, denn das bedeutete die Zementierung von „Erbfeindschaft“. Das stimmt allenfalls zur Hälfte. Denn wenn Frankreich auch keine Gebietsverluste hätte erleiden müssen, war es doch seinem Großmacht-Gefühl schuldig, nach der Niederlage gegen Deutschland an eine „Revanche“ zu denken.

Auch wirkt es etwas konstruiert, das enge Verhältnis Preußen/Deutschlands zu Österreich-Ungarn nach 1866 als eine Art Vorform der späteren europäischen Integration zu betrachten. Denn die derart befestigte mitteleuropäische Solidarität war stets als Korrelat einer Konfrontation mit Frankreich und Russland zu sehen – siehe den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Im Beitrag von Ulrich Schlie wird, zusammenhängend mit dem komparatistischen Ansatz, der Anschluss Österreichs an Deutschland im März/April 1938 als die „eigentliche Peripetie des Dritten Reiches“ angesehen. Das stimmt nicht: Hitler hatte weitere außenpolitische Erfolge, denn die Briten hielten zunächst an der Politik des appeasement fest, und erst die Besetzung von ganz Böhmen und Mähren im März 1939 veranlasste die Briten, Polen und anderen Staaten eine Bestands-

---

garantie zu geben. Vielleicht war die „Peripetie“ auch erst mit dem Angriff auf die Sowjetunion gekommen – Andreas Hillgruber jedenfalls würde dieser Meinung zustimmen.

Im Beitrag von Lappenküper über den Bismarck nach seiner Entlassung in Friedrichsruh hätte man gerne eine Analyse gesehen, mit welchen präzisen Gedanken in den von ihm inspirierten Presseartikeln der „Alte im Sachsenwalde“ der deutschen Außenpolitik nach 1890 entgegentrat. Manchmal wird in den Beiträgen zu viel an Fakten referiert, die man aus sogar schlechten Bismarck-Biographien schon kennt. Das gilt nicht für den Beitrag von Werner Plumpe über „Bismarck und die soziale Frage“, der das Thema generalisierend überblickt und in diesen größeren Zusammenhang seine These einbettet, es wäre bei des Reichskanzlers Sozialpolitik um weitaus mehr gegangen als nur um Taktik zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

BERND RILL

---